Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark, monatlich 2 Mark, durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Bauernfreund", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 17 259. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 4—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 13 553 Dresden. Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 75 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 50 Goldpfennige für die Reklamezeile auschließlich an dem beigeschlossenen Tarifnachweis ★ Anzeigen tage vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Mittwoch, 10. Juni 1925 | Nummer 48

Gegen das Mord-System in Severing-Preußen

Deutschnationale und Sozialdemokraten stellen sich schützend vor die Arbeitermörder!

Berlin, 10. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Als im Landtag Genosse Hoffmann den Teltower Mord zur Sprache brachte, **antworteten die Deutschnationalen mit schallendem Gelächter und verhinderten durch Widerspruch die Beratung der kommunistischen Anträge zum Teltower Mord.** Im Reichstag verlorgten die Sozialdemokraten das Geschäft der Deutschnationalen. Als Genosse Stöcker beantragte, Teltow auf die Tagesordnung zu setzen, **legte der Sozialdemokrat Hermann Müller Widerspruch ein und verhinderte dadurch die Beratung. Die Einheitsfront der Schiele und Severing kam im Haushaltsausschuß des Reichstages noch drastischer zum Ausdruck.** Dort verlas Schiele ein langes Schriftstück seines sozialdemokratischen Ministerkollegen **aus Preußen, in welchem Severing die Mörder von Teltow als unschuldig bezeichnete. Die Landjäger seien** gegen die provozierenden Frontkämpfer **in Notwehr gewesen.** Im Berliner Proletariat ist darüber große Erregung entstanden. Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der chemischen Fabriken Kuhnhamm u. Co., weiter der Firma Engelhardt, Tankong, die Belegschaft der Firma Armin Lenner, bei der Firma Ludw.g Löwe, Firma Leineweber, Firma Meier und Dingel, bei der Firma Osram nahmen die Belegschaften Resolutionen an gegen das Severing-System, für den Offenen Brief der KPD., für Bestrafung der Teltower Mörder, für Amnestie.

Einheitsfront gegen die Arbeitermörder

Der ADGB. Teltow ruft zur Demonstration auf.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells des ADGB. Teltow und Umgegend ruft seine Mitglieder auf, sich geschlossen an der Demonstration gegen die politische Willkür am Donnerstag zu beteiligen.

Auch das Sportkartell Teltow für die Demonstration

Das Sportkartell Teltow und Umgegend, dessen Mitglieder aus SPD- und KPD-Genossen bestehen, fordert alle Sportgenossen von Teltow und Umgegend auf, sich am Donnerstag, den 11. Mai, abends 7 Uhr an der Protestversammlung gegen die politischen Vorkommnisse vollzählig zu beteiligen.

Protest aus den Betrieben

Resolution.

Die am 8. Juni 1925 versammelten Betriebsräte und Vertrauensleute des Daimler-Werkes, Marienfelde, erheben erneuten Protest gegen die Bluttat in Teltow. Wir fordern sofortige Absetzung der schießenden Beamten und strenge Bestrafung. Infolge der dauernden Ueberfälle und Schießereien der faschistischen Verbände fordern wir deren sofortige Auflösung.

Die Entschließung wurde gegen drei Stimmenthaltungen angenommen. Die Körperschaft setzte sich zusammen aus 13 SPD., 8 KPD. und 15 Parteilosen.

Die Belegschaft der Firma Stamropulos u. Moldauer, Friedrichstraße 61a (Bekleidung), protestiert gegen das angerichtete Blutbad, das am Sonntag, den 7. Juni, die Teltower Schützengilde und die Landjäger unter der Bevölkerung in Teltow angerichtet haben. Die Belegschaft fordert einmütig eine sofortige Einsetzung einer Untersuchungskommission unter Hinzuziehung der Werktätigen Teltows. Die Belegschaftsversammlung verlangt einmütig die strengste Bestrafung der Schuldigen und Entfernung der schuldigen Landjäger aus dem Amte. Die gesamte Belegschaft fordert von der SPD. und KPD. zu erwirken, daß dieses Blutbad an den Schuldigen Vergeltung findet.

Diese Resolution wurde vom Betriebsrat der Belegschaft vorgelegt und ohne Unterschiede der Parteien einstimmig angenommen.

Der Bezirksparteitag zum Blutbad in Teltow

Inmitten der Arbeiten des Bezirksparteitages trifft die unheilvolle Kunde von dem Arbeiterschlachten in Teltow ein. Severingsche Landjäger in trauter Gemeinschaft mit reaktionären Schützen leiten ihr Preisschießen ein, indem sie auf unbewaffnete Arbeiter schießen. In den Roten Frontkämpfern und Jungstürmern, deren Blut sie vergießen, wollen sie die gesamte Arbeiterklasse treffen.

Der Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg gelobt, nicht zu ruhen und zu rasten, ehe die Blutopfer von Teltow, sowie die Toten von Halle und die anderen ungezählten Opfer des Systems der Severing und Hindenburg gerächt sind, bis das verhaßte System der bürgerlichen Klassenjustiz mit der Herrschaft der Bourgeoisie gestürzt ist.

Der Bezirksparteitag fordert alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf, die Bestrafung der feigen Mörder von Teltow zu erzwingen und als Antwort auf die Brutalitäten der Severingschen Polizei den Kampf um die Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen zu verstärken.

Nieder mit dem feigen Mordsystem!

In den Kerker mit dem feigen Mördergesindel!

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung auf lange Sicht!

Die neuesten Forderungen der Unternehmerverbände!

Die Unternehmerverbände haben erneut die Reichsregierung auf ihre Richtlinien zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise aufmerksam gemacht.

Am 15/16. Januar 1925 konkretisierten die Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie das Wirtschaftsprogramm der Luther-Regierung, der Regierung der Schlot- und Krautbarone. Dr. Herrle, einer der Geschäftsführer, formulierte die Richtlinien für die Presse:

1. Handelspolitische Unterstützung des Außenabsatzes,
2. Steuererleichterungen für den Besitz,
3. Zollschutz,
4. Lohnabbau,
5. Ausbau der Akkord- und Prämiensysteme — weitere Auseinanderstaffelung der Löhne zum Zwecke der Spaltung und Entmachtung der Arbeiter,
6. Arbeitszeitverlängerung,
7. Abbau der Sozialeinrichtungen,
8. Abstoßen unproduktiver Elemente aus Staat und Wirtschaft.

Die jetzt vorliegende Eingabe der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände an die Luther-Regierung wiederholt diejenigen Forderungen, die sich auf die Lohnpolitik beziehen. Man braucht die irrsinnige Begründung nicht zu widerlegen, welche die Ausbeuterorganisation ihrer Forderung gibt, nämlich, daß mit Hilfe von Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung Preissteigerungen vermieden werden sollen. Es handelt sich um reine Machtfragen, um die Fragen der Lastenverteilung. Der Reichsverband gibt seiner Regierungsexekutive einen Rippenstoß, daß sie energischer in den Klassenkampf eingreifen solle — energischer die Unternehmer unterstützen solle bei ihrem Kampf um Erhöhung der Profitrate durch Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung.

Von den oben angeführten 8 Punkten sind die meisten auf dem Wege der Erledigung. Zu Punkt 1 dient die unerhörte Zollvorlage als Kampfmittel nach außen (und nach innen). Die Unterstützung der Junker mußte durch die Brotwucherzölle erkauft werden — wie es sich am spanischen Vertrag am deutlichsten zeigte. Die Steuervorstöße sind ebenfalls eingeleitet nach dem Motto: Entlastung des Besitzes — Belastung der Arbeitenden. Das Abstoßen „unproduktiver" Elemente ist in Gestalt von Massenentlassungen von Arbeitern, Angestellten und Beamten in erschreckendem Umfang durchgeführt und wurde ermöglicht durch Arbeitszeitverlängerung, Antreiberei, Prämien- und Akkordschinderei. Die nicht Entlassenen müssen die Arbeit ihrer auf die Straße geworfenen Brüder mit leisten.

Die Punkte 4 und 6 sind ebenfalls außerordentlich weit fortgeschritten.

Der ADGB. „kämpfte" sehr energisch für die Löhne und für den Achtstundentag. Jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte kann es an seinem Verdienst und seinen Knochen spüren.

Die Ausbeuter aber verlangen von der Luther-Regierung, daß sie noch weit energischer das staatliche Mittel einsetzt: nämlich das Schlichtungsverfahren mit seinen Zwangskandidaten für Lohn und Arbeitszeit.

Der ADGB. erkennt bekanntlich praktisch der Luther-Regierung das Recht zu, durch Zwangsschiedsverfahren die Löhne und die Arbeitszeit diktatorisch festzusetzen. Warum und wozu tut er das? Um gegen die Luther-Reaktion, für Arbeiterinteressen zu kämpfen?

Da der Regierung durch die völlig falsche Haltung der ADGB.-Führer dieses Kampfmittel gegen die Arbeiter zur Verfügung steht, kann man sich nicht wundern, daß die Spitzenorganisation der Ausbeuter verlangt, daß es im Interesse der Ausbeutung der Werktätigen angewandt wird. Wozu haben die Ausbeuter die Staatsgewalt? Doch nicht für die Ausgebeuteten!

Man sieht schon, wohin die Reise geht, an den Vorgängen im Reiche.

Die Duisburger Hafenarbeiter (größter Binnenhafen Europas) streiken gegen einen Lohnabbau von 15 Prozent und gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit auf zehn Stunden!

Die Metallindustriellen im Westen kündigen den Tarif mit der Forderung auf 10prozentigen Lohnabbau — gegen eine Forderung der Gewerkschaften auf 21 Prozent Lohnerhöhung!

Das sind Zeichen von ernster Bedeutung!

Diese Vorgefechte einer sich allgemein ankündigenden Offensive auf die Existenzbedingungen der Arbeiterschaft zeigen, zusammen mit den Steuer- und Zollvorstößen, den gewaltigen Umfang und die gewaltige Schärfe der Klassenkämpfe an, welche die hinter der Luther-Regierung stehenden Unternehmer vorbereiten.

In jeder Gewerkschaft, in jedem Betrieb muß die Frage der Abwehr rechtzeitig diskutiert werden, denn es geht **nicht um die Lohnbeutel der bisher angegriffenen Ar-**

Deutschnationale und Sozialdemokraten schlucken die Entwaffnungsnote

Tel. Berlin, 10. Juni. Wie das „Berliner Tageblatt" meldet, hat Reichskanzler Dr. Luther gestern nachmittag 6 Uhr die Führer der Reichstagsfraktionen von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten empfangen, um mit ihnen die Entwaffnungsnote, die heute Gegenstand der Beratungen des Auswärtigen Ausschusses sein wird, zu besprechen.

Kurs Hindenburg

Berlin, 9. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Der Reichstagsausschuß lehnte **heute einen deutschnationalen Antrag,** der auf Aenderung der Reichsfarben in schwarz-weiß-rot abzielte, mit 14 gegen 12 Stimmen ab. Dagegen wurde der deutschnationale Antrag, den **18. Januar (Proklamation des Deutschen Kaiserreiches in Versailles 1871)** als Nationalfeiertag zu erklären, **mit Mehrheit angenommen.** Ebenso wurde beschlossen, auf deutschnationalen Antrag hin, dem Reichstag die Aufhebung des Republikschutzgesetzes vorzuschlagen. **Alle drei Anträge sind monarchistisch-reaktionär. Die Aufhebung des Republikschutzgesetzes wird die Kommunistenverfolgungen nicht hindern, soll aber den monarchistischen Hakenkreuzjünglingen Straffreiheit bei ihren zukünftigen Meuchelmorden sichern.**

Die große Volksgemeinschaft eine vaterländische Notwendigkeit

Berlin, 10. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags nahm in gestriger Sitzung eine Resolution an, in welcher erklärt wird, daß das Zentrum seit der letzten Abstimmung über die Regierung Braun ununterbrochen Verhandlungen über die Verbreiterung der politischen Basis der Regierung nach links und nach rechts mit allem Nachdruck geführt habe und ebenfalls mit allen Kräften weiterführen wird. Es heißt in der Resolution: „Die Haltung ihrer Unterhändler billigt die Fraktion vollkommen. Die Bildung einer preußischen Regierung auf möglichst breiter Grundlage erscheint als eine vaterländische Notwendigkeit, der von allen politischen Parteien Rechnung getragen werden muß."

Die deutschen vaterländischen Sozialdemokraten werden diese Notwendigkeit einsehen. Der Kuhhandel über die Umbildung der preußischen Regierung auf breitester Grundlage unter Einschluß der Deutschnationalen geht weiter. Mit einigen Ministerposten werden die Sozialdemokraten ihre Einheitsfront mit den schwarz-weiß-roten Koalitionsbrüdern besiegeln.

Das Lutherprogramm soll durchgepeitscht werden

Berlin, 9. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Der Kanzler hatte heute eine Konferenz mit den Fraktionsführern der Regierungskoalition. Das Finanzprogramm, Steuerprogramm, Aufwertungsprogramm und die kleine Zollvorlage sollen noch durchgepeitscht werden, bevor der Reichstag in Sommerferien geht. Darüber herrschte „volle Einigkeit" unter den Geldsack-Agenten.

Die Unternehmeroffensive — Angriff der Ausbeuter auf die Gewerkschaften

Berlin, 10. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Der Landesverband Brandenburg des Arbeitgeberverbandes brach am 6. Juni die zentralen Verhandlungen mit den Gewerkschaftsinstanzen des Holzarbeiterverbandes ab und erließ ein Rundschreiben, das u. a. folgendes besagt: „Zwecks geschlossener Abwehr der maßlosen, sich kurz wiederholenden Forderungen der Holzarbeiter hat unser Spitzenverband die restlose Aussperrung aller Holzarbeiter des Deutschen Reiches bis zum Sonnabend, den 13. Juni, bei Arbeitsschluß beschlossen.

Alle Arbeiter, die dem Holzarbeiterverband nicht angehören und dies unterschriftlich bescheinigt haben oder noch bescheinigen, werden mit voller Arbeitszeit weiterbeschäftigt." — Die Unternehmer erhielten außerdem die Anweisung, den Arbeitern einen Revers zur Unterschrift vorzulegen, **wodurch die Arbeiter sich verpflichten, aus dem Deutschen Holzarbeiterverband auszutreten und sich auch nicht anderswo zu organisieren**